



# HESSISCHER LANDTAG

17. 11. 2020

SIA

## Dringlicher Berichts Antrag

### Yanki Pürsün (Freie Demokraten) und Fraktion

#### Soziale Hilfen für Menschen in Not

In Hessen leben viele Menschen in sozial prekären Verhältnissen. Wie viele genau, ist nicht bekannt, da darüber keine verlässliche Statistik vorliegt. Klar ist, dass viele Menschen ohne Krankenversicherungsschutz und ohne Obdach sind. Damit hat der Landtag sich im Rahmen von Drucks. 20/2969 sowie Drucks. 20/2874 in jüngster Vergangenheit beschäftigt. Zum Schutz der Gesundheit – nicht nur während der Corona-Pandemie – sind Obdach und Krankenversicherungsschutz unerlässlich. Darüber hinaus gibt die Wohnung dem Menschen Halt und Würde. Nur, wer in sozial einigermaßen stabilen Verhältnissen lebt, kann an der Gesellschaft teilhaben. Daher ist Hilfe für die Menschen in sozial prekären Verhältnissen dringend geboten. Es ist fraglich, inwiefern die Landesregierung hierzu einen Beitrag leistet oder das Problem weitgehend den Kommunen und karitativen Einrichtungen überlässt.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

#### I. Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

1. Ergreift die Landesregierung Maßnahmen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, um diesen die dringend notwendige Gesundheitsversorgung zur Verfügung zu stellen?
2. Ergreift die Landesregierung Maßnahmen, um Menschen ohne Krankenversicherungsschutz in das System der gesetzlichen Krankenversicherungen zurückzuführen?
3. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass es sich bei diesem Problem, dass zahlreiche Menschen ohne Krankenversicherungsschutz in Hessen leben, um ein Versäumnis der Krankenkassen handelt und diese für die Lösung verantwortlich sind?
4. Aus welcher Norm des SGB V leitet die Landesregierung eine Pflicht der Krankenkassen ab, sich des Problems anzunehmen oder dieses gar zu lösen?
5. Für welchen Personenkreis will die Landesregierung unter welchen Voraussetzungen eine Aufnahmepflicht der Krankenkassen herleiten oder festsetzen?
6. Ist die Landesregierung zur Lösung des Problems mit den Krankenkassen oder Verbänden im Gespräch?
7. Berücksichtigt die Landesregierung dabei, dass die Aufnahme von Personen mit Beitragschulden in die gesetzliche Krankenkasse Auswirkungen auf die weiteren Versicherten haben kann?
8. Welche Initiativen hat die Landesregierung zur Lösung des Problems im Bundesrat angestoßen oder unterstützt?
9. Wie stellt sich die Landesregierung ein „entbürokratisiertes“ System nach der Aussage von Staatsminister Klose aus der Plenardebatte zu Drucks. 20/2965 vom 11. November 2020 vor?
10. Wo in Hessen gibt es das Modell der „Humanitären Sprechstunde“ oder alternative Konzepte der Gesundheitsämter analog zu der Humanitären Sprechstunde des Gesundheitsamtes Frankfurt am Main?
11. Gibt es in jedem Landkreis eine offene Sozialberatung?

## II. Wohnungs- und Obdachlosigkeit

1. Schöpft die Landesregierung das für sie Machbare aus, um die Kommunen vor Ort bei der Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu unterstützen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die psychosozialen Angebote vor Ort für wohnungs- und obdachlose Menschen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Vernetzung staatlicher und karitativer Hilfsangebote vor Ort?
4. Worin sieht die Landesregierung die tragenden Gründe für die fehlende Reintegration Wohnungs- und Obdachloser?
5. Welche Erkenntnisse verspricht sich die Landesregierung von der Wohnungslosenstatistik?
6. Welche wirksamen Maßnahmen ließen sich aus diesen Erkenntnissen sodann ableiten?
7. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass eine entbürokratisierte und digitalisierte Verwaltung den Hilfesuchenden helfen könnte, Angebote der Kommunen zu erkennen und wahrzunehmen?
8. Gibt es Initiativen der Landesregierung, die Verwaltung bürgernah und bürgerfreundlich aufzustellen sowie Angebote niedrigschwellig zur Verfügung zu stellen?

Wiesbaden, 17. November 2020

Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**

**Yanki Pürsün**